



ZWISCHEN ANGST UND HOFFNUNG (Vollständiger Text)

Carmen Lora , Lima, 28. September 2023.

Dieser Satz einer Person, die die Geschehnisse im Lande kommentiert, spiegelt gut den Prozess wider, den Peru seit Dezember letzten Jahres durchläuft, als Präsident Pedro Castillo beschloss, in einer Rede, die fast wörtlich die von Alberto Fujimori im April 1992 gehaltene Rede kopierte, einen Staatsstreich anzukündigen.

Castillo wurde weder von den Streitkräften noch von den anderen Staatsorganen unterstützt, die sich sofort gegen den Staatsstreich aussprachen. Der damalige Präsident suchte Zuflucht in der mexikanischen Botschaft, was ihm jedoch nicht gelang. Er befindet sich derzeit im Gefängnis. Die Verwirrung des Ereignisses rund um die Vereidigung von Dina Boluarte war gross. Nach der Verfassung sollte sie ihr Amt antreten. Aber sie kündigte an, bis 2026 im Amt zu bleiben, und nicht, wie zu erwarten war, Wahlen anzusetzen. Weiter wurde bekannt, dass Dina Boluarte mit denjenigen, die bis vor wenigen Stunden noch ihre Opposition waren ein Bündnis eingegangen war. Dies führten zu erheblichen Unruhen im ganzen Land. Vor allem in der südlichen Andenregion kam es zu heftigen Protesten, da man der Meinung war, Präsident Castillo sei gestürzt worden. Dies war zwar nicht richtig. Aufgrund seiner bäuerlichen und andinen Herkunft identifizierte sich die Landbevölkerung mit ihm. Sie wusste um die Aggressivität der Opposition gegen Castillo während der 17 Monate, die er regierte. Die Landbevölkerung lehnte die Ernennung seiner Vizepräsidentin Dina Boluarte ab. Sie hatte auch Monate zuvor in der Stadt Puno erklärt, dass sie im Falle eines Sturzes mit Präsident Castillo gehen würde.

Brutale Repression, ohne dass die Täter feststehen

Seit dem 7. Dezember erlebte das Land eine sehr repressive Reaktion der Regierung auf die verschiedenen Demonstrationen. Sie führte dazu, dass innerhalb von 60 Tagen 49 Menschen durch Geschosse der Ordnungskräfte starben, ohne dass die Ordnungskräfte dazu legitimiert waren. Bei mehreren der Getöteten handelte es sich um Minderjährige oder um Personen, die versuchten, anderen Verletzten zu helfen, oder um zufällige Schaulustige. Die Zahl der Verletzten belief sich zwischen Dezember und Februar auf etwa 1.800 Zivilisten und 600 Polizeibeamte.

Bis heute wurde weder eine politische noch eine individuelle Verantwortung für diese bedauerlichen Ereignisse festgestellt, zu denen es sehr genaue und detaillierte Berichte u.a. von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und von Amnesty International gibt.

Ineffizienz und Rückschritte bei der Umsetzung der öffentlichen Politik

Die derzeitige Regierung hat es versäumt, eine Verwaltung aufzubauen, die der Bevölkerung das Gefühl gibt, dass sie verantwortungsvoll und effizient handelt. Es gibt wenige Ausnahmen, wie die gute Durchführung der Impfkampagnen gegen COVID und für die normale Impfungen. Die Gesundheitsdienste sind aber nach wie vor überfordert, es mangelt an öffentlicher Sicherheit. Erpressungen und Auftragsmorde kommen immer häufiger vor und breiten sich aus, ohne dass die Regierung das Problem ernsthaft in Angriff nimmt.

Steigende Lebensmittelpreise wirken sich auf die Ernährungssicherheit aus. Die FAO hat gewarnt, dass fast 50 % der peruanischen Bevölkerung von Ernährungsunsicherheit betroffen sind, da sie nicht drei Mahlzeiten pro Tag zubereiten können.

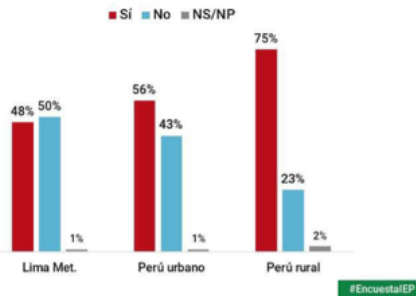
Die Anämie bei Kindern ist auf einen nationalen Durchschnitt von 42 % angestiegen, die Zahlen in ländlichen Gebieten liegen noch viel höher.

Jüngste IEP-Studien bestätigen diese Trends (siehe Grafik).

Falta de alimentos en los últimos tres meses, según área de residencia



En los últimos tres meses, por falta de dinero u otros recursos, ¿alguna vez en su hogar se quedaron sin alimentos? (Leer opciones)



Encuesta de opinión nacional realizada por IEP, del 16 al 20 de septiembre de 2023 a 1210 personas de 18 años a más. Margen de error: +/- 2.8 puntos.

Umfrage zum Mangel an Lebensmitteln

Frage: Haben Sie in den letzten drei Monaten auf Mahlzeiten verzichten müssen?

Antworten:

Rot = Ja, Blau = Nein

Gebiete: Lima / Städte / Land

Die Korruption durchdringt die öffentlichen Einrichtungen.

Auf der anderen Seite hat der Kongress seit Castillos Zeiten und auch heute noch Gesetze verabschiedet, die die Korruption fördern.

Die SUNEDU wurde reorganisiert, wodurch ihr wichtige Kontrollbefugnisse über die Qualität der Hochschulbildung entzogen wurden, es wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Ernennung von 10.000 bis 14.000 Lehrern erlaubt, die in den leistungsbezogenen Auswahlverfahren durchgefallen sind, es wird versucht, den Genderaspekt aus den Schulbüchern zu streichen, und es gibt derzeit den Wunsch, die Mitglieder des Nationalen Justizrates zu sanktionieren, was eine Kontrolle über seine neuen Mitglieder bedeuten würde, die vom Präsidenten der Nationalen Wahljury und dem Leiter des Amtes für Wahlprozesse ernannt werden sollen.

Eine solche politische Kontrolle über dieses Gremium wird seine Neutralität bei den nächsten Wahlen sehr in Frage stellen. Darüber hinaus soll der derzeitige Justizminister Beziehungen zu einem ehemaligen Richter unterhalten haben, der jetzt in Belgien auf der Flucht ist und dem offensichtliche Verbindungen zum Drogenhandel nachgesagt werden.

Die Regierung möchte auch die Medien kontrollieren. Gesetzesentwürfe versuchen, die Medien zu beschuldigen, welche über Demonstrationen und Proteste der Bürger berichten. All dies hat zu einer starken Ablehnung der Regierung und der Präsidentin durch die Bevölkerung geführt: In der letzten Umfrage bekam die Regierung mehr als 80 % Ablehnung, der Kongress erhielt 90 % Ablehnung!

Kleine Hoffnungsschimmer

Inmitten dieses Schreckens kämpfen die Peruaner weiterhin täglich darum, voranzukommen. Es gibt Zeichen der Solidarität, wie die gemeinsamen Töpfe, die vielfältigen Erfahrungen mit der Freiwilligenarbeit der Jugend, die Initiativen der Basisorganisationen zur Bewältigung der Unsicherheit, der Probleme, die das El-Niño-Phänomen mit sich bringen wird, die Rettung der Amazonaswälder trotz der Bedrohung durch den Drogenhandel oder die gemeinsamen Initiativen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im ganzen Land.

Bei vielen dieser Initiativen spielt die Kirche eine wichtige Rolle, ebenso wie die Institutionen der Zivilgesellschaft. Wir hoffen, dass diese Initiativen gestärkt werden und gegen die unheilvollen Winde gewinnen, die durch das Land wehen.